

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Ingrid Hönlinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/11838 –**

#### **EU – Lateinamerika: Partnerschaft für eine sozial-ökologische Transformation**

##### **A. Problem**

Am 26. und 27. Januar 2013 findet in Santiago de Chile das siebte Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (LAK) statt, das zugleich das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und der im Dezember 2011 gegründeten Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (CELAC) sein wird.

Es ist davon auszugehen, dass zeitnah zu diesem Gipfel ein Assoziierungsabkommen mit den Ländern Zentralamerikas und auch ein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien vom Europaparlament verabschiedet wird, mit deren Umsetzung von den Antragstellern die Fortsetzung sozialer und ökologischer Verwerfungen befürchtet wird, da mit ihnen eine Politik des Neo-Extraktivismus verfolgt werden sollte, bei der einseitig ökonomische Interessen wie die massive Ausbeutung von Rohstoffen für den Export im Zentrum der Vereinbarungen stehen. Die strukturellen Ursachen sozialer Ungerechtigkeit sowie Aspekte der Zerstörung von Natur und Lebensräumen werden dabei ganz vernachlässigt.

So sind hoher Fleischkonsum und Massentierhaltung in Europa sowie die Suche der EU-Staaten nach alternativen Energiequellen (Agrotreibstoffe) nach Auffassung der Antragsteller mitverantwortlich für den ressourcenintensiven Anbau von genmanipuliertem Soja, die massive Belastung von Mensch und Umwelt durch Pestizide, die Konzentration von fruchtbarem Land in den Händen Weniger („Landgrabbing“), die Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Indigenen sowie für den Verlust wertvoller Tropenwälder und Savannengebieten in Lateinamerika.

Dieses Gipfeltreffen könnte nach Einschätzung der Antragsteller die Chance für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Beziehungen in Richtung auf eine menschenrechtsbasierte nachhaltige strategische Partnerschaft in Verbindung mit der Erarbeitung von Konzepten für eine diversifizierte und nachhaltige Wirtschafts- und Handelsstrategie zwischen EU und LAK unter Beteiligung der Zivilgesellschaft bieten.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**E. Erfüllungsaufwand**

Der Antrag macht keine Angaben über entstehenden Erfüllungsaufwand.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/11838 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2013

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dagmar G. Wöhrl**  
Vorsitzende

**Anette Hübinger**  
Berichterstatterin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Harald Leibrecht**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Thilo Hoppe**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Harald Leibrecht, Heike Hänsel und Thilo Hoppe

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11838** in seiner 214. Sitzung am 13. Dezember 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich innerhalb der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass auf dem CELAC-EU-Gipfel Ziele vereinbart werden, die der Stärkung der Menschenrechte, des Multilateralismus, der Verwirklichung der Millennium Development Goals (MDGs) und der Erarbeitung von Sustainable Development Goals (SDGs) dienen.

Dazu soll sich die Bundesregierung in der Wirtschafts-, Handels- und Rohstoffpolitik dafür einsetzen, dass das Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika und das Handelsabkommen mit Peru und Kolumbien nicht unterzeichnet werden. Der Deutsche Bundestag soll über den Stand der laufenden Verhandlungen unterrichtet werden und die Möglichkeit erhalten, Änderungsvorschläge abzugeben. In die Menschenrechtsklauseln der EU-Abkommen sollen explizit der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie ein Beschwerde-, Sanktions- und Monitoringmechanismus aufgenommen und ein intergouvernementaler und parlamentarischer Menschenrechtsausschuss geschaffen werden. Im Rahmen der Verhandlungen soll ein verbesserter Zugang der LAK-Staaten zum EU-Markt gewährt werden. In der Landwirtschaft soll sich die Bundesregierung für eine Wende hin zu einer ökologischen und sozial nachhaltigen Landwirtschaft einsetzen, die Einfuhr von Biomasse begrenzen und auf die Einbeziehung von Aspekten der Chemikaliensicherheit und des Schutzes von Wasserressourcen bei der Definition von Umweltstandards drängen. Darüber hinaus soll sie keine Verpflichtungen im Bereich des geistigen Eigentums akzeptieren, die über die Vereinbarungen des TRIPS-Abkommens hinausgehen. Im Rohstoffbereich sollen die Verträge und Lieferketten offengelegt werden.

Im Bereich der Demokratie und Menschenrechte fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, die „EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern“ konsequent umzusetzen und dafür einzutreten, dass Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen ein einklagbares Recht auf Information und Konsultation erhalten. Die Bundesregierung soll sich ferner für eine Reform der Justiz einsetzen, damit Feminizide strafrechtlich verfolgt und die weit verbreitete Straflosigkeit von Gewaltverbrechen in Lateinamerika und

der Karibik eingedämmt werden. Schließlich wird für den Bereich der Sicherheitszusammenarbeit gefordert, für die Einführung von Evaluierungs- und Monitoringsinstrumenten zu plädieren, im Rahmen der „Financial Action Task Force on Money Laundering“ (FATF) eine verstärkte Verfolgung der Geldwäscheaktivitäten von organisierten kriminellen Netzwerken zu ermöglichen sowie eine Neuausrichtung der Drogenpolitik zu fördern, bei der staatliche Regulierungsmodelle und eine Entkriminalisierung von Drogenbauern, -konsumenten und -kurieren die gescheiterten prohibitiven Ansätze ablösen.

Beim Klima- und Umweltschutz soll sich die Bundesregierung in der EU nachdrücklich für eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels von derzeit 20 auf 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020 einsetzen. Die Hermes-Bürgschaften für die Beteiligung am Bau des Atomreaktors Angra 3 sollen nicht gewährt werden. Stattdessen soll durch einen Technologie- und Wissenstransfer der Ausbau von erneuerbarer Energie und Energieeffizienz gefördert werden. Besonders betroffene Länder sollen bei der Erarbeitung von nationalen Anpassungsstrategien an den Klimawandel unterstützt werden. In Klimaverhandlungen und bei der Gestaltung von Waldschutzprogrammen sollen indigene Gruppen frühzeitig in alle Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Darüber hinaus gelte es auch kreative Lösungen wie die ITT-Yasuni-Initiative im Yasuni-Nationalpark in Ecuador bei der Entwicklungszusammenarbeit zu bedenken. Ferner solle sich die Bundesregierung für eine rasche, sanktionsbewehrte und rechtsverbindliche Umsetzung des Nagoya-Protokolls über den Zugang und den gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen stark machen.

Zur Stärkung des Sozialen Zusammenhalts und bei der Armutsbekämpfung wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den anderen EU-Staaten an den Zusagen der Entwicklungsfinanzierung (ODA-Mittel) festzuhalten. Im Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung soll sie sich für die Schließung von Steueroasen einsetzen und mit der Etablierung eines Systems des „Country-by-Country-Reporting“ bzw. „Project-by-Project-Reporting“ dafür Sorge tragen, dass in Zukunft die Steuern dort gezahlt werden, wo die Gewinne erzielt werden. Zwecks Überwindung der strukturellen Ursachen soll sie sich an der Umsetzung von Landreformen in Verbindung mit der Klärung von Eigentumsfragen bei Programmen zur Raumordnung und zum Aufbau von Katasterämtern beteiligen. Dem Deutschen Bundestag soll umgehend die ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener und in Stämmen lebender Völker zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Schließlich fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, sich für mehr Anerkennung von Vielfalt einzusetzen, insbesondere dadurch, dass das deutsche Auslandsschulwesen und die Stipendienvergabe des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) so gestaltet werden,

dass sozial benachteiligte und indigene Bevölkerungsgruppen von deutschen Bildungsangeboten stärker als bisher profitieren können.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag auf Drucksache 17/11838 in ihrer Sitzung am 16. Januar 2013 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11838 in seiner 71. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verweist auf das anstehende Gipfeltreffen, an dem auch die Bundeskanzlerin teilnehmen werde. Das dem vorliegenden Antrag zugrunde liegende Leitmotiv basiere auf der Erkenntnis, dass bisher eine überwiegend extraktive Kooperationspolitik vorgeherrschte habe. Das sei auch auf einer großen Lateinamerika-Konferenz im November 2012 bestätigt worden, die die Fraktion unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, NGOs und Wissenschaftlern durchgeführt habe. Dort sei das Problem evident geworden, dass selbst diejenigen fortschrittlichen Staaten in Lateinamerika, die Sozialpolitik ernst nehmen würden, eine extraktivistische Politik nicht in Frage stellten. Das liege zum Teil daran, dass bei niedrigen Steuerquoten der Erlös aus dem Rohstoffabbau die Haupteinnahmequelle des Staates sei, aus der die Sozialprogramme finanziert würden. Darüber hinaus würden diese Staaten nicht die sozial- und umweltpolitischen Folgen der Ausbeutung von Bodenressourcen erkennen und ernst genug nehmen. Insofern müsse die Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika auf ein neues Fundament gestellt werden, nämlich eine menschenrechtsbasierte und nachhaltige Entwicklung. Bei den Freihandelsabkommen kritisiere man, dass sie einer falschen Grundlogik folgten, die nicht an sozialen oder ökologischen Kriterien ausgerichtet sei. So sei beispielsweise auf dem letzten Lateinamerika-EU-Gipfel in Madrid diskutiert worden, dass man die Fleischexporte nach Europa verfinfachen und im Gegenzug die Automobilexporte nach Lateinamerika verdoppeln könnte. Das aber könne nicht im Sinne der gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel sein. Es dürfe nicht nur um ökonomische Kooperation gehen, sondern auch um eine Orientierung an bessere Standardsetzungen im sozialen und ökologischen Bereich sowie um eine Verbesserung der Menschenrechtslage.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält die Ausrichtung des Antrags für ideologisch einseitig und undifferenziert in der Betrachtung der Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen der Länder in Lateinamerika und erklärt, sie werde ihn darum ablehnen. Die Welt werde sozial und ökologisch nicht dadurch besser, dass Europa keine Wirtschaftsbeziehungen mehr mit den Staaten Lateinamerikas unterhalte. Im Gegenteil könnten gute Wirtschaftsbeziehungen dazu führen, dass Arbeitsplätze geschaffen und soziale und ökologische Verbesserungen vereinbart werden. Wenn Europa auf Handelsbeziehungen verzichte, würden sich diese Länder in Richtung Asien und Afrika orientieren. Das könne ernsthaft weder im Interesse Lateinamerikas noch Europas sein. Natürlich hätte man sich im Bereich der Menschenrechte mehr gewünscht. Das Freihandels- oder Assoziierungsabkommen abzulehnen, sei das falsche Signal und Deutschland stände als unverlässlicher Partner da. Nur wenn man in Verhandlung bleibe und Abkommen abschließen könne man etwas bewirken, nicht aber, wenn man aussteige. Insofern plädiere man für eine differenzierte Bewertung und lösungsorientierte Verhandlungsansätze.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, dass der Antrag die erreichten Entwicklungsfortschritte Lateinamerikas verkenne und dass im Grundton ein unangemessen beherrschender Duktus vorherrsche. In Ländern wie Brasilien und Uruguay habe es eine faszinierende soziale Entwicklung gegeben und die MDGs seien in den meisten Ländern Lateinamerikas bereits übererfüllt. Insbesondere die Forderung Nr. 31 im Antrag zielen einseitig an der Realität vorbei. Hier würden zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens ausschließlich präventive Sozial- und Beschäftigungsprogramme gefordert. Die Fraktion der SPD verweise auf die aktuell erfolgreiche Zurückdrängung der Kriminalität in den Favelas von Brasilien, gerade weil die Polizei dort „mit harter, aber gerechter Hand“ dagegen vorgegangen sei. Beides müsse Hand in Hand gehen. Wegen solcher Ungereimtheiten werde man sich enthalten.

Die **Fraktion der FDP** räumt ein, dass begrüßenswerterweise in dem Antrag viele gute Ansätze aufgelistet seien, aus denen die Antragsteller aber die falschen Schlussfolgerungen ziehen würden. Die Bundesregierung sei gerade in den letzten Jahren dabei, sich genau für die im Antrag geforderten sozialen, ökologischen und menschenrechtsorientierten Ziele einzusetzen. Hier habe man bereits sehr viel erreicht. Was den Aspekt der Kriminalitätsbekämpfung angehe, unterstütze man die Argumentation der Fraktion der SPD. Das seien im Übrigen Themen, die die Menschen vor Ort weit mehr bewegten als manch ein Thema, was den Antragstellern am Herzen liege. Insofern werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag zur Lateinamerikapolitik vorlegen. Man selbst lehne ebenfalls eine allein auf Wirtschaftsinteressen beruhende Kooperation zwischen Europa und Lateinamerika ab. Das habe lediglich zu Liberalisierung und Privatisierung geführt, die mit verantwortlich für die große soziale Spaltung in den lateinamerikanischen Staaten und Gesellschaften seien. Der Antrag enthalte viele neue Impulse, die man aufgreifen sollte. Um gegen den Extraktivismus vorzugehen, müsse Europa allerdings zunächst einmal selbst seinen eigenen Ressourcenverbrauch viel stärker reduzieren. Man werde sich bei der Ab-

stimmung enthalten, weil bedauerlicherweise die vielen bereits existierenden guten „linken Ansätze“ in Lateinamerika in dem Antrag kaum Beachtung gefunden hätten. So werde das regionale Integrationsprojekt ALBA nicht einmal erwähnt.

Berlin, den 16. Januar 2013

**Anette Hübinger**  
Berichterstatterin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Harald Leibrecht**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Thilo Hoppe**  
Berichterstatter



